

SPD für gaz28-20130712-bis Willy Brandt

150 Jahre SPD – 150 Jahre Einsatz für ein besseres Deutschland

Nach dem II. Weltkrieg wurde die SPD mit knapp 900.000 Mitgliedern schnell zur größten Partei in der jungen Bundesrepublik. So gestärkt trat die SPD zur ersten **Bundestagswahl 1949** an, erreichte mit 29 Prozent und 131 Mandaten aber acht Sitze weniger als CDU und CSU und musste somit auf Bundesebene vorerst Oppositionsarbeit verrichten.

In der sowjetischen Besatzungszone hingegen wurde die SPD im April 1946 mit der Kommunistischen Partei (KPD) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereinigt. Sozialdemokraten, die sich diesem Vorgang widersetzen, wurden verfolgt und in Gefängnissen oder Arbeitslagern eingesperrt.

Im Westen wandelte sich die SPD im Zuge des allgemeinen Aufschwungs der 1950er-Jahre und dem damit verbundenen neuen Wohlstand von der Klassen- zur **Volkspartei**.

Sie verabschiedete sich auf dem **Godesberger Parteitag 1959** von ihrem marxistischen Erbe, das über Jahrzehnte hinweg ihr Programm mitbestimmt hatte, und wandte sich einer pragmatischeren Haltung gegenüber Wirtschaft und Sozialstaat zu. Damit distanzierte sie sich vom Klassenkampf und öffnete sich allen Schichten der Bevölkerung als soziale Volkspartei.

Von den ersten Bundestagswahlen an blieb die SPD bei den Wahlergebnissen zunächst klar hinter der neu gegründeten Christlich Demokratischen Union (CDU)



unter Konrad Adenauer zurück, die als Regierungspartei den Aufschwung des Wirtschaftswunders auch politisch für sich nutzen konnte.

Das Blatt wendete sich mit der ersten Wirtschaftskrise Mitte der 1960er-Jahre: In der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU, 1966-1969) und **Außenminister Willy Brandt (SPD)** wurde die SPD zum ersten Mal an der Regierung der Bundesrepublik beteiligt.

Mit dem Motto "**Mehr Demokratie wagen**" zog Willy Brandt 1969 als Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten in den Wahlkampf. Die SPD lag bei der

Bundestagswahl mit 42,7 Prozent zwar über drei Prozentpunkte hinter den Unionsparteien, konnte aber mit der FDP, die knapp sechs Prozent erreichte, erstmalig eine Regierung bilden.

Und wie war das in dieser Zeit in Durmersheim?

Mitte der 50-er-Jahre musste man sich im Ort „einer brennenden Wohnungsfrage“ stellen. Der Zuzug von hunderten Familien aus den ehemaligen deutschen

Ostgebieten und Übersiedlern aus der „Ostzone“ entfachte eine **rege Bautätigkeit**. Durmersheim dehnte sich nach Norden und Süden aus und überschritt bereits 1952 die **5000-Einwohner-Grenze**.

Nun wurden auch **neue Infrastrukturmaßnahmen** notwendig. Sie beschäftigten unsere damaligen Gemeinderäte so intensiv, dass sie sich öfters auch öffentlich darüber beklagten, „dass das Ehrenamt Gemeinderat den Vertretern zunehmend Ärger und Verdruss“ einbrächte.



Ludwig Brunner

Der **Bau des neuen Rathauses** an der Stelle des ehemaligen Lobberle-Bahnhofs war ein sichtbares Zeichen für den allgemeinen Optimismus, mit dem man in die Zukunft blickte.

1957 wurde **Ludwig Brunner** als Bürgermeister bestätigt. Die örtliche SPD gründete zur Unterstützung eigens ein „Komitee zur Wiederwahl Ludwig Brunners.“

In seiner zweiten Amtszeit wurde mit der **Einführung eines „Mittelschulzugs“** ein lang gehegter Wunsch der Durmersheimer SPD erfüllt, mit dem die Bedeutung unserer Gemeinde auf der Hardt verstärkt werden konnte.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Planung der **Kläranlage** und der **Kanalisation**, der Bau der **Hardtschule** und die Einführung der **Müllabfuhr**, um endlich die Zeiten zu beenden, wo jeder seinen Abfall einfach in „d' Sondgrieb“ kippen konnte.

Diese fortschrittliche Kommunalpolitik wurde 1965 durch den Tod von Ludwig Brunner jäh unterbrochen.

Was man z.Zt. von uns vorrangig wissen will:

1. Thema Gemeinschaftsschule: Wir haben die wichtigsten Fragen an uns ins Internet unter **[www.spd-durmshheim](http://www.spd-durmshheim.de)** > **aktuelles** gestellt. Bitte dort nachlesen, zu einem späteren Zeitpunkt gehen wir an dieser Stelle darauf ein.

2. Thema „Moser-Areal“: Wie im Bebauungsplanverfahren vorgeschrieben werden alle Einwände und Anregungen im Gemeinderat geprüft.

Unsere SPD-Fraktion hat sich mit diesen im Vorfeld einzeln beschäftigt und auch selbst eine lange Liste von noch zu klärenden Fragen eingereicht.

Die auf der Internetseite **[www.wutbuenger-durmshheim](http://www.wutbuenger-durmshheim.de)** zu lesenden Spekulationen im Eintrag vom 07. Juni sind – mit Verlaub gesagt – blanker Unsinn. Verwaltung und Gemeinderat arbeiten ehrlich und korrekt. Wir haben solche Methoden wie dort beschrieben nicht nötig.

Und: Zumindest das Gespräch unserer Fraktion mit den Sprechern der Bürgerinitiative entspricht nicht der in diesem Artikel geschilderten Form.

Es war ein sehr sachlicher und korrekter Meinungs austausch. Wir haben aber weder Versprechungen noch „leere Worthülsen“ verteilt.

Unser Kurs steht nachwievor: Das Bebauungsplanverfahren muss korrekt durchgeführt werden. Die zu schützenden Interessen der Anwohner bezüglich Immissionen aller Art müssen optimal abgearbeitet werden.



Bei der Nutzung des Areals sehen wir nach Prüfung der hier und da zu hörenden Interessentenlage bis dato allerdings keine neuen Erkenntnisse.

Beim Speckkälbel-Fäscht...

war auch unser SPD-Ortsverein erfolgreich präsent. Wir danken unserem Helferteam fürs Schaffe und allen Besucherinnen und Besuchern fürs Kommen.

Auch unsere Bundestagskandidatin **Gabriele Katzmarek** war vor Ort und konnte viele neue Kontakte knüpfen (siehe auch unter www.gabriele-katzmarek.de).